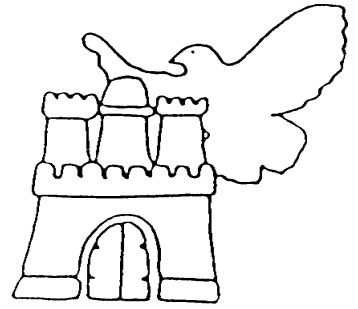


HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 02 / 13

www.hamburgerforum.org



20. Februar 2013

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

mit der Vorbereitung des **Ostermarsches** sind wir einen großen Schritt weiter: Das Flugblatt und die Plakate im Format A2 und A3 sind fertig. Ein Flugblatt liegt diesem Rundbrief bei. Herzlichen Dank allen, die den Aufruf unterschrieben haben, die beim Unterschriftensammeln geholfen haben oder die den Marsch mit einer Spende unterstützen. Jetzt kommt es darauf an, Flugblätter und Plakate zu verteilen. Die bekommt Ihr bei unseren Vorstandssitzungen und Veranstaltungen oder im Antiquariat Augenstern, Im kühlen Grunde 1b (U/S Ohlsdorf), Di.–Fr. 15–18.30 Uhr, Sa. 10–14 Uhr, bitte ruft vorher an: 0172 403 26 47. Ihr könnt auch einfach bei uns anrufen, wir organisieren dann, dass Ihr Plakate und Flugblätter bekommt: 551 38 91.

Hinweisen möchten wir auf unsere nächste Informations- und Diskussionsveranstaltung am **26. Februar:**

„**Neue Konfliktlinien der Weltpolitik**“ mit **Jürgen Wagner (IMI)**.

Näheres dazu findet Ihr auf dem Flugblatt, das wir auf der letzten Seite abdrucken. Bitte werbt für diese sehr interessante Veranstaltung.

Wer sich stärker engagieren möchte, sei abschließend auf unsere **Vorstandssitzungen** mit Gästen hingewiesen, bei denen wir Informationen austauschen und Formen und Inhalte unserer Aktionen diskutieren. Sie finden am Dienstag jeder geraden Kalenderwoche statt:

Dienstag, den 5.3.2013, 19.3.2013, 2.4.2013, 19.15 Uhr – Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15.

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns – siehe unten.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kirstein

Mali

Keine Intervention! Kein neues Afghanistan!

Äußerungen aus dem Regierungs- und Oppositionslager sowie zahlreiche Kommentare und Leitartikel aus den Meinungsmedien zur Situation in Mali lassen den Eindruck entstehen, als käme die „internationale Gemeinschaft“ gar nicht daran vorbei, militärisch zu intervenieren. Und dies vornehmlich aus zwei Gründen: Erstens gehe es darum, den Zerfall des Staates Mali zu verhindern, damit sich dort keine „islamistischen“ Terrororganisationen einnisten; zweitens müsse der zu befürchtende Export terroristischer Aktionen über die Grenzen Malis und Afrikas hinaus verhindert werden. Der Komplexität der gesellschaftlichen und politischen Konfliktlinien in und um Mali wird diese Argumentation keinesfalls gerecht: Es geht dort um mehr als um den Maghreb-Ableger von Al Kaida oder um Drogen- und Waffenschmuggel. Der von Frankreich eingeschlagene Weg der kriegeserregenden „Stabilisierung“ Malis wird aller Voraussicht nach das Gegenteil dessen bewirken, was offiziell als Ziel ausgegeben wird. Und er trägt die Handschrift imperialistischer Politik einer altgedienten Kolonialmacht, die offenbar eine neue Chance in Afrika wittert.

Da hat Frankreich gerade seine Truppen aus Afghanistan zurückgezogen – und beginnt nun in Mali einen Krieg zur „Bekämpfung des Terrorismus“, dessen Begründung

fast wortgleich jener gleicht, die die USA und die NATO für ihren verlorenen Krieg in Afghanistan verbreitet hatten. Seit bald zwanzig Jahren ist die Sahel-Zone ein Unruhegebiet als Folge der (klimabedingten) Dürrekatastrophe, die die Viehherden der Nomadenvölker vernichtet hat. Besonders betroffen davon sind die Tuareg-Stämme, die nie einen eigenen Staat erhielten, sondern aufgrund willkürlicher Grenzziehungen durch den französischen Kolonialismus auf die Staaten Algerien, Libyen, Niger, Mali und Burkina Faso verteilt leben. Ihre Aufstände wurden in den letzten zwanzig Jahren immer heftiger.

Die nun beschworenen „islamistischen Terroristen“ kontrollieren seit mehr als zehn Jahren den Rauschgiftschmuggel, der von Kolumbien über Westafrika und die Sahara nach Europa fließt. Sie alimentieren sich durch Kontrolle und Erpressung der Migranten, die von Schwarzafrika ans Mittelmeer streben und aus vielfältigen Entführungen von Technikern vor allem des französischen Atomkonzerns Areva und von diversen Geheimdienst-Agenten, die in der Region aktiv sind. Die bekannteste Gruppe, die sich jetzt Al Kaida im Islamischen Maghreb nennt, wurde erstmals bekannt als GSPC (Groupe Salafiste de Prédication et du Combat), die 2003 für 32 entführte europäische Touristen 15 Mio. Lösegeld kassierte. Sie wurde schon damals an der langen Leine des algerischen Geheimdienstes geführt – das dürfte bis heute gelten. Es war diese Gruppe, die von den USA zum Anlass genommen worden war, um

2007 ein Regionalkommando für Afrika (African Command, kurz: Africom) aufzustellen, dessen Hauptaufgabe die Bekämpfung des (islamischen) Terrorismus in Afrika sein sollte.

In Mali rächt sich nun der vor allem von Frankreich vorangetriebene Krieg in Libyen mit dem Ziel des Sturzes von Mu'ammad Qaddhafi: Der Sahel ist überschwemmt mit teils hoch modernen Waffen, die nach der Zerstörung der Staatlichkeit Libyens in die Hände zahlreicher Banden gerieten, darunter auch Tuareg-Stämme, die für Qaddhafi gekämpft hatten. Ihre Rebellion gegen die Zentralregierung in der malischen Hauptstadt Bamako und die Ausrufung eines „unabhängigen Staates Awazad“ – eines Staates der Tuareg – musste für Frankreich wie die Mehrzahl der Sahel-Staaten eine Bedrohung sein, gefährdete sie doch die kolonial etablierte „Ordnung“: Es geht also nicht primär um Mali, sondern vor allem um das benachbarte Niger, den drittgrößten Uranproduzenten der Welt, der de facto beherrscht wird vom weltgrößten Atomanlagenbauer und Nuklearkonzern Areva, einer französischen Firma. Auch das Frankreich des sozialistischen Präsidenten Hollande erweist sich so als Schützer der Interessen jener Konzerne, die auch 50 Jahre nach der formalen Unabhängigkeit die ehemaligen Kolonien fest im Griff haben.

Die Existenz moderner Waffen in der Region verdankt sich aber auch der aggressiven Politik des Golfemirats Katar, das schon in der Frühphase des arabischen Frühlings islamistische Rebellen in Libyen großzügig mit Waffen belieferte – mit Wissen und in Abstimmung mit den USA, Frankreich und Großbritannien. In einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP, 2/2012) heißt es: „Katar dirigierte Waffen und Geld in erster Linie an islamistische Rebellen ... In Bengasi wurden vor allem Milizen aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft beliefert, in den westlichen Bergen die Einheiten des ehemaligen Jihadisten und späteren Militärkommandeurs von Tripolis, Abdalhakim Belhaj.“ Grob gesprochen lässt sich sagen: Während die Tuareg-Kämpfer mit Waffen aus den Arsenalen Qaddhafis nach Mali (zurück) gekommen sind, werden die Kämpfer der islamistischen „Ansar al-Din“ und der „Bewegung für Einheit und Dihad“ von Katar aus mit Geld, Waffen und Munition versorgt. Das Einzige, woran in Mali kein Mangel besteht, sind Mordwerkzeuge.

Für seine Militärintervention – mit Mordwerkzeugen aus der Luft, zunehmend aber auch am Boden – beruft sich Frankreich auf die Resolution 2071 (2012) des UN-Sicherheitsrats, die in Ziffer 9 die „Mitgliedsstaaten, regionale und internationale Organisationen einschließlich der Afrikanischen Union und der Europäischen Union dazu aufruft, so schnell wie möglich koordinierte Hilfe, Expertise, Ausbildung und Fähigkeiten“ der malischen Armee zur Verfügung zu stellen, ... „um die Einheit und territoriale Integrität Malis aufrechtzuerhalten“. Hieraus das Recht auf eine Militärintervention herauslesen zu wollen, ist ein politischer Kraftakt. Und in der jüngsten Resolution 2085 vom 20. Dezember findet sich kein über die oben zitierte Formel hinausgehender Beschluss. Im Gegenteil: Ausdrücklich wird in Ziffer 11 dieser Resolution betont, „dass die militärische Planung vor dem Beginn der offensiven Operation weiter präzisiert werden“ müsse. Das ist bisher

nicht geschehen. Wohl deshalb beruft sich Frankreich auf eine (bestellte?) formale Bitte der nach einem Militärputsch in Bamako eingesetzten Übergangsregierung zur Legitimation seiner Intervention.

Dieser nun französische „Krieg gegen den Terror“ entpuppt sich also als Krieg zur Wahrung von Interessen. Ihn militärisch zu gewinnen, dürfte noch schwieriger sein als in Afghanistan: Der Raum ist wesentlich größer als Afghanistan, das Gelände, den Aufständischen bestens bekannt, noch schwieriger. Geradezu ironisch erscheint die Zurückhaltung der USA, die sich mit ihrem eigens dafür geschaffenen Instrument, Africom, an diesem Krieg nicht beteiligen. Anders scheint es in der EU zu sein, in der nicht nur Frankreich erheblichen Einfluss hat, sondern wo auch unter deutschen „Verteidigungspolitikern“ schon mit den Hufen gescharrt wird, um aus Frankreichs Krieg ein Unternehmen der EU zu machen – mit dem Ziel, die Rolle des deutschen Militärs auch weltweit voranzutreiben. Ernst zu nehmen ist die Drohung einer der Gruppierungen des Sahel, der „Bewegung für Einheit und Dihad in Westafrika“, die bereits Terroranschläge in Frankreich angekündigt hat: In der Folge der Kolonisation lebt eine Vielzahl von Menschen aus dieser Region in Frankreich. Der „Krieg gegen den Terror“, der in Wirklichkeit wirtschaftliche Interessen verfolgt, wird Krieg und Terror auch nach Frankreich und Europa bringen!

Welche Perspektiven sehen wir?

1. Die ersten Aktionen der französischen Armee zeigen bereits, dass sich in Mali ein veritabler Luftkrieg mit all seinen Begleiterscheinungen wie Flächenbombardements, Zerstörungen und zahlreichen zivilen Opfer zu entwickeln beginnt. Es ist reines Wunschdenken des französischen Präsidenten, dass die Militäroffensive binnen einer Woche dazu führen könnte, die avisierten 3.300 Soldaten der ECOWAS-Staaten ins Land zu holen, damit diese die „Rückeroberung“ des nördlichen Landesteils (immerhin ein Gebiet von der Größe Frankreichs und Spaniens zusammengenommen!) bewerkstelligen würden. Viel eher erwarten wir eine Ausweitung der Kampfaktivitäten auch im Süden Malis.
2. Der „Krieg gegen den Terror“, den die USA 2001 in Afghanistan begannen und 2003 gegen Irak fortsetzten und der 2011 als NATO-Krieg gegen das Qaddhafi-Regime in Libyen geführt wurde, hat bisher in keinem Fall zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Afghanistan ist nach 11 Jahren Krieg ein Desaster, Irak gründlich destabilisiert und in Libyen sind Kräfte an die Macht gespült worden, die dem salafistischen Islam näher stehen als der westlichen Kriegsallianz. Eine ausländische Intervention in Mali wird keine anderen Ergebnisse zeitigen: Im schlimmsten Fall wird nicht nur Mali, sondern werden auch die angrenzenden Staaten destabilisiert. Der Antiterrorkrieg wird auch in dieser Region zu einer Schwächung staatlicher Strukturen bis hin zu deren Verfall und zur Vervielfachung und Stärkung der terroristischen Organisationen beitragen.
3. Frankreich wird – selbst wenn kurzfristige militärische Erfolge möglich erscheinen – über kurz oder lang in seine historische Rolle als Kolonialmacht zurückfallen, die in ihrer Einflusszone die Kontrolle über die wichtigsten

Rohstoffquellen und Transportwege beibehalten oder wieder gewinnen will.

4. Eines der Hauptargumente, die heute von der politischen Klasse bemüht werden, um ein energisches Eingreifen in Mali zu rechtfertigen, lautet: Al Kaida und seine Ableger in Nordafrika und der Sahelzone müssen militärisch bezwungen werden, damit sie sich nicht über den Mittelmeerraum bis in die Europäische Union hinein ausbreiten und hier ihre Terroraktivitäten entfalten. Doch genau das wird die Folge des militärischen Eingreifens sein – nicht nur in Frankreich, sondern auch in den Staaten, die Frankreich direkt oder indirekt unterstützen.

Welche Alternativen gibt es?

Die Alternativen zu diesen Horrorszenarien liegen demnach auf der Hand: Alles andere ist aussichtsreicher als die begonnene Militärintervention.

- Dazu gehören ernsthafte Versuche, die verfeindeten Parteien zu Gesprächen zu bewegen.
- Dazu gehören Überlegungen, wie ein Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Landesteilen und ihren Bewohnern aussehen könnte.
- Dazu gehört schließlich die Anerkennung des Prinzips des Gewaltverbots in den internationalen Beziehungen. Die Regierungen des Westens sollten sich bei jedem innerstaatlichen Gewaltkonflikt mehr und bessere Gedanken machen, als gleich nach dem Militär zu rufen.
- Sache der Malier ist es, in einem Dialogprozess nach politischen Lösungen der Staats- und Gesellschaftskrise zu suchen.

Die Bundesregierung ist gut beraten, wenn sie einem Kampfeinsatz der Bundeswehr in Mali eine Absage erteilt. Die Bundesregierung wäre auch gut beraten, wenn sie eine Unterstützung (z. B. logistischer Art) für den französischen Krieg ebenfalls nicht ins Auge fassen würde. Eine solche Unterstützung sollte sich auch für die Europäische Union verbieten.

*AG Friedensforschung und Bundesausschuss Friedensratschlag
Prof. Dr. Werner Ruf und Dr. Peter Strutyński*

Afghanistan

Die heutige Bundestagsdebatte hat wieder einmal gezeigt, dass es der Bundesregierung nicht um eine Beendigung des Afghanistankriegs und um den Abzug der deutschen Truppen geht. Sie spricht zwar unermüdlich davon; ihre Taten weisen aber in eine andere Richtung. Das neue Mandat, das heute beschlossen wurde, produziert keinen Abzug sondern leere Versprechen, Lügen und Schönfärbereien.

Leeres Versprechen „Abzug“

Die im Antrag der Bundesregierung formulierte Absenkung der Personenobergrenze von derzeit nominell 4.900 auf 3.300 Soldatinnen und Soldaten ist ein leeres Versprechen. Denn eine solche Truppenreduzierung wird von der „Sicherheitslage“ vor Ort abhängig gemacht. Abgestimmt wird im Bundestag ohnehin nur über eine Mandatsobergrenze von 4.400. Dies entspräche einer nominellen Absenkung von 10 Prozent. Bedenkt man, dass derzeit aber

nur 4.500 Soldaten in Afghanistan stationiert sind, würde es keinen weiteren Abzug geben müssen, der diesen Namen auch verdient. Andere Länder sind da konsequenter: Frankreich wird 85 Prozent seiner Truppen abziehen, Großbritannien will bis Jahresende die Hälfte wieder nach Hause holen. Selbst wenn es gelänge, die deutsche Truppenstärke auf 3.300 Soldatinnen und Soldaten herunterzufahren, wäre dies lediglich eine bescheidene Absenkung um ein Viertel. Von einem Totalabzug nach 2014 will die Bundesregierung gar nichts wissen, sondern die dann noch dort verbleibenden Kampftruppen (in unbekannter Höhe) zu Ausbildungstruppen umfirmieren.

Die Lüge von der Sicherheit

Den „Erfolg“ des militärischen Einsatzes der Bundeswehr misst die Regierung an einer angeblichen Verbesserung der Sicherheitslage. So behauptet sie, dass sich 2012 der leicht positive Trend des Vorjahres fortgesetzt habe. Dies bezieht sich auf ganz Afghanistan, unterschlägt aber, dass die Anschläge im Jahr 2009, also bevor der US-Präsident die US-Truppen aufgestockt hatte, wesentlich unter denen von 2012 liegen. Seit 2007 hat sich die Zahl der Anschläge und Gefechte in Afghanistan sogar verdreifacht. Das Mehr an US-Soldaten hat die Sicherheitslage im Land also nicht verbessert, sondern verschlechtert. Die Bundesregierung macht über die Sicherheitslage im Antrag und auch in den Debatten in ihrem bisherigen Verantwortungsbereich, dem Norden Afghanistans, gar keine Angaben. Das spricht Bände. Denn im Gegensatz zum Landestrend haben sich – laut von der ISAF für die Öffentlichkeit bestimmte Zahlen – die Anschläge der Aufständischen in der Region Nord 2012 gegenüber 2011 um 26 Prozent erhöht.

„Jockele, geh du voran“

Die Verbesserung der Sicherheitslage auch daran zu bemessen, dass es im Jahr 2012 weniger getötete ISAF-Soldaten gab als im Vorjahr, ist ein weiteres Beispiel für die Schönfärberei der Regierung. Die Ursache für den Rückgang liegt schlicht darin, dass die ISAF-Soldaten seltener ihre Camps verlassen und die Einsatzverantwortung mehr und mehr den afghanischen Sicherheitskräften aufgebürdet wurde – ganz nach dem schwäbischen Kinderreim: „Jockele, geh du voran, du hosch Stiefel und Sporen an“. Unter ihnen ist die Zahl der Gefallenen um 30 Prozent auf über 2.000 angestiegen – so viel wie noch nie in einem Jahr seit 2001. Das entspricht in etwa der Zahl der getöteten ISAF-Soldaten in 11 Jahren Afghanistan-Krieg insgesamt.

Gebetsmühle

Während die Bundesregierung Jahr für Jahr gebetsmühlenartig von „Fortschritten“ in Afghanistan spricht (mehr Demokratie, mehr Frauenrechte, mehr Schulbildung), tritt das Land in Wahrheit auf der Stelle.

Eine nüchterne Bilanz des Krieges zeigt nämlich:

- Der NATO-Krieg in Afghanistan hat mit dem damit in Zusammenhang stehenden Krieg in Pakistan seit 2002 schätzungsweise 200.000 Kriegstote gefordert.
- Die Anbaufläche für Schlafmohn, dem Ausgangsstoff

für Opium und Heroin, hat sich 2012 um fast 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht. Illegale Drogen sind die maßgebliche Quelle für Korruption.

- Trotz der ständigen Beteuerungen von Präsident Karsai, die Korruption im Land zu bekämpfen, liegt Afghanistan laut Korruptions-Index von Transparency International 2012 immer noch auf dem letzten Platz (zusammen mit Nord-Korea und Somalia).
- Die Versorgungslage der Bevölkerung ist heute laut UN-Angaben schlechter als vor 11 Jahren; die Unterernährung hat demnach zugenommen; außerdem ist die Anzahl der Binnenflüchtlinge weiter angestiegen.
- 87 Prozent der afghanischen Frauen klagen heute noch über körperliche und sexuelle Gewalt.

Es ist dreist, nach elf Jahren Krieg, in dem nichts von dem erreicht wurde, was die Regierung versprochen hatte, vom Bundestag eine weitere Verlängerung des Krieges zu verlangen. Nahezu acht Milliarden EURO hat dieser Krieg bisher gekostet, eine weitere Milliarde wird er 2013 verschlingen. Noch dreister ist es, wenn der Redner der CDU/CSU, Dr. Andreas Schockenhoff, in der Debatte gefordert hat, auch in Afghanistan Kampfdrohnen einzusetzen. Damit wird sogar einer Verschärfung des Krieges das Wort geredet. Das neue Mandat läutet somit nicht das „Abschlusskapitel“ des Einsatzes ein (so Bijan Djir-Sarai, FDP) und ist auch kein „Meilenstein“, wie der SPD-Abgeordnete Lars Klingbeil lobhudelte, sondern legt den Grundstein für die Verlängerung des Krieges. Die Ankün-

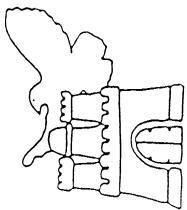
digung des FDP-Abgeordneten Bijan Djir-Sarai, dass Deutschland Afghanistan „nie mehr allein lassen wird“, muss in dem Zusammenhang nicht anders als eine Drohung verstanden werden.

Wir sagen: Was elf Jahre falsch war, wird im zwölften Jahr nicht richtig. Der Bundestag hat wieder eine Chance vertan, einen politischen Fehler einzugestehen und den durch nichts gerechtfertigten Interventionskrieg am Hindukusch zu beenden. Wieder einmal hat sich eine überwältigende Mehrheit aus CDU/CSU, FDP und SPD gegen die Realität in Afghanistan und gegen den Willen der Bevölkerung für die Fortsetzung des Krieges ausgesprochen. Immerhin haben sich die Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne dieses Mal mehrheitlich gegen das Mandat ausgesprochen bzw. sich der Stimme enthalten. Geschlossen hat weiterhin DIE LINKE den Krieg abgelehnt und damit am deutlichsten die Position der Friedensbewegung zum Ausdruck gebracht.

Es bleibt dabei: In Übereinstimmung mit der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung fordern wir die Bundesregierung auf, sofort den Befehl zur Einstellung der Kampfhandlungen zu geben und den kompletten Rückzug unverzüglich einzuleiten. Für die durch den NATO-Krieg angerichteten Zerstörungen in Afghanistan und Pakistan sind von den NATO-Staaten Entschädigungszahlungen zu leisten.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:

Peter Strutynski (Kassel) und Lühr Henken (Berlin)



HAMBURGER FORUM

für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

Gestützt auf ihre Wirtschaftskraft und mit immer neuen Militärinterventionen haben die USA und ihre EU-Verbündeten sich über Jahrzehnte ihre weltpolitische Führungsposition und den weltweiten Zugang zu Rohstoffen und Märkten gesichert. Aber ihre Wirtschaft ist in der Krise. Dafür ist in den letzten Jahren die Wirtschaftskraft und damit die weltpolitische Bedeutung der Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien und mit Abstrichen auch Russland deutlich gewachsen. Die daraus resultierenden Konfliktefelder bedürfen dringend einer friedenspolitischen Diskussion:

- Welche Strategien verfolgen USA und EU, um ihre Vormachtstellung aufrechtzuerhalten?
 - Mit welchen Strategien vertreten die Schwellenländer ihre Interessen?
 - Welche neuen Gefahren für den Frieden resultieren daraus?
 - Droht etwa eine neue *Blockkonfrontation* oder ein neuer *Kalter Krieg*?
- Betrachtet werden muss aber auch, wie die weltweite Konkurrenz um die knapper werdenden Ressourcen das Verhältnis der führenden Industriestaaten untereinander beeinflusst:
- Welche Widersprüche tun sich zwischen den Staaten von Nato und EU auf?
 - Wie gehen sie mit diesen Widersprüchen um?
- Vor diesem Hintergrund laden wir ein zu unserer

Informations- und Diskussionsveranstaltung

Neue Konfliktlinien der Weltpolitik

Jürgen Wagner

Dienstag, den 26. Februar 2013, 19.30 Uhr

Curio-Haus ● Rothenbaumchaussee 15 ● Hinterhaus

Unser Referent, Jürgen Wagner, ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der *Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI)* e.V. und Autor zahlreicher Artikel und Vorträge zu unserem Thema.

Wer ist das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung?

Wir kommen aus Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen oder sind Einzelpersonen, die am Frieden Interessierte zu gemeinsamem Handeln zusammenführen wollen. Wir veranstalten in Hamburg die Ostermärsche und die Antikriegsdemonstrationen zum 1. September und haben zu den Demonstrationen gegen die Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak aufgerufen. Weitere Informationen finden sich im Internet unter: www.hamburger-forum.org.